



 **Universität Trier**

**Die USA und die Niederschlagung der
Proteste auf dem Tiananmen-Platz
im Juni 1989**

Thomas Riem

Trierer Asien-Papiere

Nr. 3

März 2012

UNIVERSITÄT TRIER

Juniorprofessur für Politikwissenschaft/ Internationale Beziehungen

Herausgeber

Jun.-Prof. Dr. Martin Wagener
Universität Trier
Universitätsring 15
54286 Trier

Tel.: + 49 (0) 651 / 201 - 3178

Fax: + 49 (0) 651 / 201 - 3821

E-Mail: wagener@uni-trier.de

Chefredakteurin

Julia Wurr
Universität Trier
Universitätsring 15
54286 Trier

Tel.: + 49 (0) 651 / 201 - 3178

Fax: + 49 (0) 651 / 201 - 3821

E-Mail: s2juwurr@uni-trier.de

Trierer Asien-Papiere

© Trier, Nr. 3, März 2012

Der Beitrag basiert auf einer Hausarbeit, die im Sommersemester 2011 im Rahmen des Seminars „G-2 oder neuen Kalter Krieg? Das schwierige Verhältnis der USA zur VR China“ erstellt wurde. Die vorliegende Fassung wurde überarbeitet und inhaltlich erweitert.

Thomas Riem

ist Student der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts an der Universität Trier.

Apartment 53
Pluwiger Straße 14
54295 Trier
E-Mail: thomas@riem.biz

Inhalt

I.	Einleitung	6
II.	Das Modell bürokratischer Politik	9
III.	Das Spiel um die Außenpolitik	12
	1. Die inkonsequente Außenpolitik	12
	2. Die Spieler	13
	3. Die Verhandlungsprozesse	19
	4. Inkonsequente Außenpolitik als <i>Outcome</i>	23
IV.	Fazit	24
V.	Anhang	26
	1. Abkürzungsverzeichnis	26
	2. Literatur- und Quellenverzeichnis	26
	a) Monographien und Sammelbände	26
	b) Nachschlagewerke	26
	c) Aufsätze, Arbeitspapiere und Studien	27
	d) Beiträge aus Zeitungen und Agenturmeldungen	28
	e) Quellen	29

I.

Einleitung

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und der Volksrepublik China (VRCh) wurden durch das kriegerische Aufeinandertreffen beider Staaten im Koreakrieg 1950 bis 1953 sowie durch die amerikanische Parteinahme für die Gegner der noch jungen VRCh, die nationalistische Partei Kuomintang, stark belastet. Erschwerend kam hinzu, dass die zwischen 1953 und 1969 amtierenden US-Präsidenten die damals unter sowjetischen Einfluss stehende VRCh kritisch beurteilten. Unter Präsident Richard Nixon und den durch seinen Sicherheitsberater Henry Kissinger durchgeführten Geheimgesprächen mit der Führungsspitze der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) sollten die Beziehungen im Jahr 1971 einen inoffiziellen Neuanfang finden.¹

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges zwischen Ost- und Westblock spielten insbesondere sicherheits- und geopolitische, wie auch zunehmend wirtschaftliche Interessen auf beiden Seiten eine große Rolle für die offizielle Aufnahme diplomatischer Beziehungen ab 1979.² Im folgenden Jahrzehnt verloren infolge der Entspannungspolitik sicherheits- und geopolitische Zwänge objektiv an Relevanz. Subjektiv hatten diese die sino-amerikanischen Beziehungen viele Jahre lang rechtfertigenden Aspekte aber offenbar weiterhin Einfluss, so insbesondere auf die Außenpolitik der USA.³

Wie sehr dies noch kurz vor den im Jahr 1989 stattfindenden zentralen Umbrüchen im Ostblock der Fall gewesen zu sein scheint, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Verfolgt man die sich mit den sino-amerikanischen Beziehungen beschäftigende Berichterstattung der Medien im Jahr 1989, fallen insbesondere die Entwicklungen ab Juni bis Ende desselben Jahres auf. In Chinas Hauptstadt Peking fanden bereits seit April 1989 große Protestaktionen gegen die soziale, politische und ökonomische Lage des Landes statt. Hauptaustragungsort dieser mehrheitlich von Studenten getragenen Proteste war der zentrale Tiananmen-Platz. Nach mehreren Wochen interner Verhandlungsprozesse entschloss sich schließlich ein Großteil des Politbüros dazu, den Platz durch die Volksbefreiungsarmee (VBA) in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni räumen zu lassen. Aufgrund eines zur gleichen Zeit in Peking stattfindenden Spitzentreffens der Regierungschefs der Ostblockstaaten war die internationale Mediendichte

¹ Vgl. Nancy Bernkopf Tucker, China and America: 1941-1991, in: Foreign Affairs, Nr. 5, Winter 1991, S. 80-87.

² Vgl. Xuewu Gu, Die Volksrepublik China zwischen den Supermächten: 1949-1989, in: Carsten Herrmann-Pillath, Michael Lackner (Hrsg.), Länderbericht China. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum, Bonn 1998, S. 502-509. Vgl. Xuewu Gu, Ausspielung der Barbaren, China zwischen den Supermächten in der Zeit des Ost-West-Konfliktes, Baden-Baden 1998, S. 164-166.

³ Vgl. Roger W. Sullivan, Discarding the China Card, in: Foreign Policy, Nr. 86, Frühling 1992, S. 3-5.

überdurchschnittlich hoch, was zu einer relativ umfassenden Berichterstattung über die Proteste und deren gewaltsame Beendigung durch die VBA führte. Die Bilder der seit damals oft als „Tiananmen-Massaker“ bezeichneten Räumung der Innenstadt Pekings, bei der laut unbestätigten Zahlen wahrscheinlich mehrere hundert Menschen umkamen, gingen um die ganze Welt und hatten in den USA eine erhebliche Wirkung auf Politik und Öffentlichkeit.

Die US-Regierung, seit dem 20. Januar 1989 unter Präsident George H. W. Bush, erließ im Juni und Juli 1989 je ein Sanktionspaket gegen die VRCh, das erste davon bereits einen Tag nach der gewaltsamen Beendigung der Proteste. Verfolgt man die korrespondierende Berichterstattung der amerikanischen Medien, erfährt man viel über eben jene Sanktionspakete. Es wird über die fortschreitende Entrüstung der amerikanischen Öffentlichkeit und der Politik berichtet und insbesondere über die von weiten Teilen der Bevölkerung und des Kongresses vorgetragenen Forderungen nach mehr und schärferen Sanktionen gegen die VRCh. Im Verlauf der Berichterstattung kristallisiert sich dabei mehr und mehr heraus, dass es einen Unterschied gab zwischen dem, was an Sanktionen öffentlich gefordert wurde, und dem, was die US-Regierung als die Sanktionen erlassende Instanz tatsächlich tat. Untersuchenswert erscheinen daher die in den Monaten nach Einsetzung der Sanktionspakete erfolgten Entscheidungen und Handlungen der US-Regierung, die an ihrem Willen zur rigiden Durchsetzung der Sanktionen zweifeln lassen. Diese Arbeit soll sich demnach der Beantwortung folgender Frage widmen: Welche innenpolitischen Ursachen gab es für die inkonsequente Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh im Anschluss an die Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989? Es wird sich dabei auf den Zeitraum zwischen der Niederschlagung der Proteste am 4. Juni 1989 und dem Ende desselben Jahres konzentriert.

Der in der Forschungsfrage beinhaltetete Begriff der Innenpolitik soll hier verstanden werden als die institutionellen, inhaltlichen und prozessualen Aspekte des Handelns, die das Ziel haben, die Verteilung begehrter Güter in einem Staat autoritativ zu regeln.⁴ Die zu verteilenden beziehungsweise umkämpften Güter stellen hierbei politische Güter dar, vordringlich die der politischen Beteiligung und der „Systemaufrechterhaltung (insbesondere Vorhersehbarkeit und Regelmäßigkeit [...] außenpolitischer Prozesse)“⁵. Mit dem Ziel zusätzlicher Themeneingrenzung soll sich bezüglich der Innenpolitik auf institutionelle Aspekte konzentriert werden. Sie beinhalten die zum Zwecke der Erfüllung bestimmter Aufgaben gebildeten Einrichtungen des Staates und der in diesem Staat lebenden Menschen.⁶

Es wird in dieser Arbeit das Modell bürokratischer Politik von Graham T. Allison zur Anwendung kommen, dessen zentrale Aussage ist, dass Handlungen und Entscheidungen ei-

⁴ Vgl. Manfred G. Schmidt, Wörterbuch zur Politik, 3. Auflage, Stuttgart 2010, S. 358.

⁵ Vgl. ebd., S. 616.

⁶ Vgl. ebd., S. 362.

ner Regierung das Ergebnis von Verhandlungsprozessen zwischen nationalen Akteuren sind. Die Entscheidungen und Handlungen einer Regierung, im Folgenden auch als *Outcome* bezeichnet, stellen keine unmittelbar gewählte Lösung für ein Problem dar. Sie sind vielmehr das von keinem Akteur in dieser Art und Weise gewählte Ergebnis der erfolgten Verhandlungsprozesse.⁷ Unter Berücksichtigung des Modells und der Forschungsfrage sollen in erster Linie Literatur und Quellen untersucht werden, die möglichst unmittelbare Rückschlüsse auf die Interessen der hier relevanten Akteure und die zwischen ihnen stattfindenden Verhandlungsprozesse zulassen.

Im nachfolgenden zweiten Kapitel wird auf Allison's Modell bürokratischer Politik und die damit im Zusammenhang stehenden Begriffe vertieft eingegangen. Im dritten Kapitel beginnt sodann die Analyse. Es soll in einem ersten Schritt aufgezeigt werden, was genau an der Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh im Anschluss an den Tiananmen-Zwischenfall als inkonsequent zu bezeichnen ist. In einem zweiten Schritt werden die für diese Arbeit relevanten Akteure innerhalb des politischen Systems der USA erfasst und ihre verfassungsrechtlichen und inhaltlichen Positionen vor dem Hintergrund des Forschungsthemas dargestellt. Drittens sollen die Prozesse analysiert werden, die zwischen diesen Akteuren stattfanden und eine Beeinflussung der Außenpolitik gegenüber der VRCh zum Ziel hatten. Im vierten Analyseschritt wird dann dargelegt, aus welchen Elementen sich die Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh letztendlich zusammensetzte. Die Untersuchung endet im vierten Kapitel mit dem Fazit.

⁷ Vgl. Graham T. Allison, *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, 2. Auflage, New York 1999, S. 294-295.

II.

Das Modell bürokratischer Politik

Gemäß dem dritten von drei Modellen Graham T. Allisons, dem sogenannten Modell bürokratischer Politik, sind Entscheidungen und Handlungen einer Regierung national entwickelte, politische Ergebnisse. Was genau aber sind politische Ergebnisse? Darauf soll hier kurz eingegangen werden. Als politisch definiert Allison einen Prozess, der zur Lösung eines anstehenden Problems führen soll und sich aus Verhandlungen zwischen zueinander in einer bestimmten Hierarchie stehenden Akteuren⁸ zusammensetzt. Unter Ergebnissen versteht Allison dabei die letztendlichen Entscheidungen und Handlungen einer Regierung, welche aus der Menge der zu ihrer Schaffung und Beeinflussung geführten Verhandlungsprozesse resultieren.⁹ Diese politischen Ergebnisse werden von Allison auch als *Outcome* bezeichnet, dessen größtmögliche Beeinflussung in der Regel das Ziel der Spieler ist. Um das Zustandekommen eines *Outcomes* zu erklären, was Ziel dieser Arbeit ist, ist die Kenntniss einer Reihe von zentralen Begriffen nötig. Diese Begriffe sollen im Folgenden anhand eines von Allison aufgestellten Kataloges von vier für das Modell bürokratischer Politik elementaren Fragen erläutert werden.¹⁰

Wer spielt?

Spieler sind jene Personen, welche zu Entscheidungen und Handlungen einer Regierung beitragen. Der Begriff der Regierung ist hier insofern etwas irreführend, als er in unserem Begriffsverständnis allein die Exekutive umfasst. Gemäß Allison schließt der Begriff allerdings all die Spieler ein, die zum letztendlichen *Outcome* beitragen, also auch Mitglieder der Legislative, der Judikative oder nicht-staatlicher Interessengruppen.¹¹ Die Spieler sind Personen in Ämtern, die zueinander in einer hierarchischen Rangfolge stehen. Ihre Rangfolge wird durch die Zuweisung der Bezeichnungen Häuptling, Gefolge, Indianer und Ad-hoc-Spieler deutlich, wobei Häuptlinge in der Hierarchie am höchsten stehen und Ad-hoc-Spieler am niedrigsten. Die Hierarchie der Spieler wird von Problem zu Problem anders determiniert. Ein außenpolitisches Problem würde etwa, je nach politischem System, den Staatspräsidenten als einen Häuptling festlegen, ein innenpolitisches Problem den Innenminister und dergleichen mehr. Wer spielt und in welcher Hierarchie das Spiel erfolgt, hängt nicht allein von rechtlich festgelegter Zuständigkeit ab, sondern auch von der Persönlichkeit des Spielers. Sie bedingt bei-

⁸ In Anwendung der Terminologie Allisons werden Akteure im Folgenden als Spieler bezeichnet.

⁹ Vgl. Allison (1999): S. 294-295.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 390.

¹¹ Vgl. ebd., S. 255-256.

spielsweise, ob ein rechtlich zuständiger Spieler überhaupt aktiv wird und wenn ja, auf welche Art und Weise er das tut.¹² Um valide Rückschlüsse auf die Persönlichkeit eines Spielers ziehen zu können, muss eine äußerst umfangreiche Recherche von Literatur und Quellen vorgenommen werden, die nahezu persönlichkeitspsychologische Kenntnisse voraussetzt. Diesem umfangreichen Anspruch kann im Rahmen dieser Arbeit nicht nachgekommen werden. Um aber dem vorliegenden Fall gerecht zu werden, werden die Quellen untersucht, die darstellen, ob und inwiefern die Persönlichkeit des Spielers für das hier behandelte Policy-Problem sensibilisiert wurde.

Welche Faktoren formen die Wahrnehmungen, Prioritäten und Ansichten eines Spielers bezüglich eines bestimmten Problems?

Rückschlüsse auf die Wahrnehmungen, Prioritäten und Ansichten eines Spielers bietet, erstens, die Berücksichtigung seines *Amtes*. Das Amt tangiert den Spieler insofern, als es ihm einen bestimmten Komplex von Aufgaben zuweist, die seine Aufmerksamkeit erfordern. Dadurch wird der Spieler für eben genau diese Aufgabenstellungen und die damit zusammenhängenden Themen sensibilisiert, allerdings auch unaufmerksamer für außerhalb seines Tätigkeitsbereiches stattfindende Ereignisse und herrschende Zwänge. Zweitens sind die verschiedenen *Interessen* des Spielers zu beachten, etwa institutionelle, private oder innenpolitische Interessen, die seine Sicht auf das Problem beeinflussen. Drittens formen all diese individuellen und sich überlappenden Interessen den *Einsatz*, für den der Spieler spielt und der durch seine jeweilige Höhe die Ansichten des Spielers formt. Zuletzt nimmt das *Problem* selbst Einfluss auf den Spieler, indem es auf bestimmte Art und Weise an ihn herangetragen wird und sich ihm etwa durch den Grad seiner Dringlichkeit in unterschiedlicher Intensität aufdrängt.¹³

Bei allen vier Faktoren (Amt, Interessen, Einsatz, Problem) ist zu beachten, dass sie durch unterschiedliche Spieler, auch wenn diese dieselbe Position innehaben sollten, aufgrund ihrer *Persönlichkeit* unterschiedlich wahrgenommen werden. Jeder äußere Einfluss durchläuft eine von Spieler zu Spieler höchst individuelle Form der Wahrnehmung, die den Umgang des Spielers mit dem anstehenden Problem maßgeblich beeinflusst. Die Persönlichkeit stellt insofern „das Kernstück der Mixtur bürokratischer Politik“¹⁴ dar.

¹² Vgl. ebd., S. 296-298.

¹³ Vgl. ebd., S. 298-300.

¹⁴ Graham T. Allison, Begriffliche Modelle und das Wesen der Entscheidung, in: Helga Haftendorn (Hrsg.), Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen, Hamburg 1975, S. 266-267. Vgl. Allison (1999): S. 266.

Welche Faktoren erklären den Einfluss eines Spielers auf Entscheidungen und Handlungen?

Die Definition von Einfluss wird implizit aus Allison's Definition von Macht abgeleitet, die er als wirksamen Einfluss auf Ergebnisse der Politik bezeichnet. Der Einfluss eines Akteurs wird von drei Faktoren bestimmt: erstens durch Verhandlungsvorteile, zweitens durch den Willen und die Fähigkeit, diese Verhandlungsvorteile zu nutzen, und drittens durch die Wahrnehmung der ersten beiden Faktoren durch andere Spieler. Verhandlungsvorteile sind etwa die für einen Spieler verfassungsrechtlich festgelegten Kompetenzen, fachliche Expertise oder eine große Basis an Unterstützern, mithin jeder Faktor, der dem Spieler im Rahmen der Verhandlungsprozesse gegenüber anderen Spielern einen Vorteil bringen kann. Ein Spieler muss seine Macht auf die Verhandlungsprozesse konzentrieren, in denen er mit einer größtmöglichen Beeinflussung der letztendlichen Entscheidungen und Handlungen rechnen kann, sonst riskiert er seinen Einfluss, gar sein ganzes Amt.¹⁵

Was ist das Spiel?

Das Spiel ist die Menge der zum Zwecke der Beeinflussung von Entscheidungen und Handlungen der Regierungen geführten Verhandlungsprozesse.¹⁶ Es wird strukturiert durch regulative Prozesse, die der Aggregation der miteinander konfligierenden Wahrnehmungen, Prioritäten und Ansichten der Spieler dienen, kurz als Handlungskanäle oder *action channels* bezeichnet.¹⁷ Handlungskanäle strukturieren insofern das Spiel, als sie festlegen, welche Spieler wann und wie mit einem Problem betraut werden. Sie ergeben sich explizit und implizit aus dem umfassenderen Gefüge an Spielregeln, dem Verfassungsrecht, förmlichem und materiellem Recht sowie gesellschaftlichen Normen.¹⁸

¹⁵ Vgl. Allison (1999): S. 300.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 300-302.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 390.

¹⁸ Vgl. ebd., S. 300-302.

III.

Das Spiel um die Außenpolitik

1. Die inkonsequente Außenpolitik

Als Reaktion auf die durch die Führung der KPCh befohlene und letztendlich gewaltsame Niederschlagung der Protestbewegung in Chinas Hauptstadt Peking sowie weiteren, damit in Zusammenhang stehenden Menschenrechtsverletzungen erließ Präsident George H. W. Bush im Juni und Juli 1989 je ein Sanktionspaket gegen die VRCh. Das erste Sanktionspaket vom 5. Juni beinhaltete die Aussetzung aller Exporte von Militärgütern, die Einstellung von Kontakten zwischen Führungskräften des Militärs sowie die positive Bewertung der Visa-Anträge von bereits in den USA befindlichen, chinesischen Studenten. Sehr deutlich betonte Präsident Bush im Zusammenhang mit dieser ersten Reaktion den Verzicht auf ökonomische Sanktionen, mit der Begründung, diese würden negative Konsequenzen für die chinesische Bevölkerung haben.¹⁹ Das zweite Sanktionspaket vom 20. Juni beinhaltete die Aussetzung aller zereemoniellen, politischen Kontakte zwischen hochrangigen Regierungsmitgliedern sowie das Hinwirken auf Verschiebung internationaler Kredite.²⁰

Wie bereits eingangs erwähnt, ergeben sich bei näherer Betrachtung der in den darauffolgenden Monaten bis Ende 1989 getätigten Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh allerdings Differenzen zwischen dem, was öffentlich angekündigt wurde, und dem, was teils verborgen und teils rhetorisch verpackt tatsächlich getan wurde.

So stehen vor allem vier Handlungen beziehungsweise das Ausbleiben von Handlungen der Regierung dem ersten Sanktionspaket gegenüber. Erstens widerspricht die am 20. Juli angekündigte Verschiebung internationaler Kredite der erst einen Monat zuvor getätigten Aussage des Präsidenten, der VRCh keine ökonomischen Sanktionen auferlegen zu wollen. Zweitens wurde die Lieferung von vier potenziell militärisch nutzbaren Boeing-Passagierflugzeugen im August nicht unterbunden. Drittens wurde die von amerikanischen und chinesischen Militärangehörigen vorgenommene Aufrüstung chinesischer F-8-Kampfflugzeuge im Oktober nicht beendet. Viertens wurden Bau und Lieferung dreier ameri-

¹⁹ Vgl. David Hoffman, Helen Dewar, Bush Suspends Military Sales to China; President Rejects Calls from Congress for More Severe Action, in: The Washington Post, 6. Juni 1989 (online über den LexisNexis-Zugang der Universität Trier, fortan „LexisNexis“). Vgl. Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration, Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush, Book I, January 20 to June 30 1989, Washington D.C. 1990a, S. 672.

²⁰ Vgl. David B. Ottaway, Jeffrey R. Smith, Bush Bars High-Level Contacts with Beijing; U.S. Support for Bank Loans Also Suspended, in: The Washington Post, 21. Juni 1989 (LexisNexis).

kanischer Satelliten an die VRCh, die dort durch chinesische Trägerraketen in die Erdumlaufbahn transportiert werden sollten, nicht gestoppt.²¹

Noch offensichtlicher und politisch schwerwiegender scheinen allerdings die Verletzungen des zweiten Sanktionspaketes. Die darin enthaltene Aussetzung von Kontakten zwischen hochrangigen Regierungsvertretern wurde bereits zehn Tage nach Einsetzen der Sanktion übergangen, als der Nationale Sicherheitsberater Brent Scowcroft zusammen mit dem stellvertretenden Außenminister Lawrence Eagleburger am 30. Juni in einer geheimen Mission nach Peking reiste. Zusammen mit der erst nach ihrer Ankunft publik gemachten zweiten Pekingreise Scowcrofts und Eagleburgers vom 10. Dezember wird der Eindruck verstärkt, dass die Regierung bewusst ihr eigenes Sanktionspaket umging.²² Hinzu kommt ein Treffen, das zwischen US-Außenminister James Baker und seinem chinesischen Kollegen Qian Qichen auf einer Konferenz in Paris Ende Juli stattfand.²³ Die Rechtfertigung der US-Regierung, es habe sich hierbei nicht um ein vom Sanktionspaket erfasstes, zeremonielles Aufeinandertreffen gehandelt, scheint angesichts des kurzen Abstandes zwischen Auferlegung der Sanktion und Treffen der Minister die defizitäre Entschlossenheit der Regierung im Umgang mit dem eigenen Sanktionspaket offenzulegen. Erwähnenswert ist an dieser Stelle zuletzt ein persönlicher Brief Bushs an den faktisch einflussreichsten Politiker der KPCh, Deng Xiaoping, vom 21. Juni.²⁴ Aufgrund des Wortlauts der oben beschriebenen Sanktionen stellt dieses Schreiben zwar keine Verletzung derselbigen dar, wohl aber kann seine Berücksichtigung für den weiteren Verlauf der Analyse gewinnbringend sein.²⁵

2. Die Spieler

Für diese zwischen dem 4. Juni 1989 und dem Ende desselben Jahres gegenüber der VRCh praktizierte Außenpolitik der USA sind zwei Spieler von besonderer Relevanz: der Präsident George H. W. Bush und der 101. Kongress. Hinsichtlich des Kongresses ist zu berücksichtigen, dass sich dieser aus einer Vielzahl von individuellen Spielern zusammensetzt. Ihre Zusammenfassung zu einem Kollektiv-Spieler, einer Art legislativen Koalition, ist eine Verein-

²¹ Vgl. George Lardner Jr., U.S. Began Lifting Business, Military Sanctions on China Months Ago, in: The Washington Post, 12. Dezember 1989 (LexisNexis).

²² Vgl. George H. W. Bush, Brent Scowcroft, A World Transformed, New York 1998, S. 105. Maureen Dowd, 2 U.S. Officials Went to Beijing Secretly in July, in: The New York Times, 19. Dezember 1989 (Lexis Nexis). Steven Erlanger, Top Aides to Bush Are Visiting China to Mend Relations, in: The New York Times, 10. Dezember 1989 (LexisNexis).

²³ Vgl. Harry Harding, A Fragile Relationship. The United States and China since 1972, Washington D.C. 1992, S. 228.

²⁴ Hier wird von faktischem Einfluss gesprochen, weil Deng Xiaoping zwar nie Generalsekretär und damit Vorsitzender der KPCh war, wohl aber aufgrund anderer Ämter und seiner Person den größten Einfluss auf die internen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Partei hatte.

²⁵ Vgl. Henry Kissinger, China. Zwischen Tradition und Herausforderung, 4. Auflage, München 2011, S. 426-428. Bush/Scowcroft (1998): S. 100.

fachung, die im Rahmen dieser Arbeit unerlässlich ist.²⁶ Der Präsident und dessen Mitarbeiterstab können, dem gegenübergestellt, als eine exekutive Koalition betrachtet werden. Diese beiden Koalitionen bilden die für die Analyse zentralen Institutionen.

Relevanz und Hierarchie der Spieler

Die Relevanz beider Spieler leitet sich zum einen aus der ihnen durch die Verfassung zugeschriebenen, rechtlichen Zuständigkeit für die Außenpolitik ab. Für den Präsidenten ergibt sich diese insbesondere aus Artikel 2, Absatz 2 der Verfassung. Dort heißt es: „The President shall be Commander in Chief of the Army and Navy of the United States [...]“.²⁷ Zwar spricht diese Regelung dem Präsidenten explizit „nur“ die Stellung des obersten Heerführers zu. Allerdings wurde und wird Artikel 2, Absatz 2 von zahlreichen Präsidenten so interpretiert, als ob er eine umfassende Legitimierung für außenpolitische Aktivitäten des Präsidenten im weitesten Sinne beinhaltet.²⁸

Für den Kongress ergibt sich die verfassungsrechtliche Relevanz aus drei Abschnitten der Verfassung. Wie schon beim Präsidenten ist Artikel 2, Absatz 2 relevant, in welchem dem Senat zugesprochen wird, den vom Präsidenten geschlossenen Verträgen mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren zustimmen zu müssen. Hinzu kommt Artikel 1, Absatz 8, in welchem dem Kongress zum einen das ebenso weitreichende wie auch unklar definierte Recht zur Regulierung des Handels mit ausländischen Nationen zugesprochen wird. Zum anderen, was für die Relevanz des Kongresses im vorliegenden Fall entscheidender ist, werden ihm in diesem Artikel folgende Rechte verliehen: „To declare War [...]. To raise and support Armies [...]. To provide and maintain a Navy.“²⁹ Ebenso wie der sich mit dem Präsidenten befassende Abschnitt in Artikel 2, Absatz 2 handelt es sich hierbei um auf den Bereich des Militärischen bezogene Rechte, die von Seiten des Kongresses als implizite Ermächtigungsgrundlage für die Gestaltung der Außenpolitik aufgefasst werden. Zuletzt ist auf Artikel 1, Absatz 9 einzugehen: „No Money shall be drawn from the Treasury, but in Consequence of Appropriations made by Law.“³⁰ Durch dieses Budgetrecht nimmt der Kongress langfristigen Einfluss auf die Handlungsfreiheiten von Ministerien und Behörden. Inwiefern er dadurch auch Wirkung auf die Entscheidungen und Handlungen hinsichtlich eines bestimmten Policy-Problems ausüben kann, ist fraglich. Allerdings spricht die von ihm ausgehende materielle

²⁶ Vgl. Peter Rudolf, Rückkehr zur Rivalität. Kongress und Präsident in der amerikanischen Außenpolitik am Ende der Ära Bush, SWP-Studie Nr. 8, Berlin, März 2008, S. 8.

²⁷ United States Senate, Constitution of the United States, Washington D.C., Fassung von 1992.

²⁸ Vgl. ebd. Siehe auch Stephen E. Ambrose, The Presidency and Foreign Policy, in: Foreign Affairs, Nr. 5, Winter 1991, S. 124. William C. Olson, The US Congress: An Independent Force in World Politics?, in: International Affairs, Nr. 3, Juli 1991, S. 549.

²⁹ United States Senate, Constitution of the United States, Washington D.C., Fassung von 1992.

³⁰ Ebd.

Determinierung außenpolitischer Aktivitäten allgemein für seine verfassungsrechtliche Relevanz.

Zum anderen leitet sich die Relevanz beider Spieler aus der von ihnen ausgehenden starken Beeinflussung der Entscheidungen und Handlungen der Regierung ab, was im weiteren Verlauf der Analyse deutlich werden wird.

Gemäß dem zu lösenden Problem und der Persönlichkeit der Spieler wird ihre Hierarchie zueinander bestimmt. Das zu lösende Problem ist hier die Suche nach einer adäquaten außenpolitischen Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung der chinesischen Proteste. Wie bereits oben angemerkt, sind sowohl Präsident als auch Kongress rechtlich für die Gestaltung der Außenpolitik zuständig. Infolge der allerdings uneindeutigen rechtlichen Kompetenzverteilung ist die Außenpolitik ein bis heute zwischen Exekutive und Legislative stark umkämpftes Politikfeld.³¹ Der Präsident konnte zwar im Laufe der Zeit eine dominante Position in der Gestaltung der Außenpolitik entwickeln,³² im Sinne Allison kann allerdings hinsichtlich des Verhältnisses von Kongress und Präsident allgemein von voneinander unabhängigen Institutionen mit geteilter³³ Macht gesprochen werden.³⁴ Da das zu lösende Problem auf Grundlage der Verfassung keine klare Hierarchie in das Verhältnis der Spieler bringt, sind nun die Spieler selbst zu analysieren. Dies wird mit Bezugnahme auf die Faktoren erfolgen, welche die Wahrnehmungen, Prioritäten und Ansichten der Spieler formen. Diese Faktoren sind die jeweiligen Ämter, die Interessen, der Einsatz, um den gespielt wird, und das Problem selbst.

Präsident George H. W. Bush

Das Präsidentenamt Bushs sticht hinsichtlich seiner Bedeutung für das politische System der USA im Vergleich zu den Ämtern der Repräsentanten und Senatoren deutlich hervor. Dieser Umstand ist auf die präsidentielle Konstruktion des politischen Systems der USA zurückzuführen. Aus dieser präsidentiellen Konstruktion folgt unter anderem ein im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zentraler Unterschied zwischen Exekutive und Legislative, der am folgenden Zitat Bushs vom 1. Juli deutlich wird: „The person sitting in this office has to consider many things that I never had to consider when I was in Congress, and I’m considering those things.“³⁵ Das Amt des Präsidenten erfordert es demnach, mehrere und andere Aspekte

³¹ Vgl. Kurt L. Shell, Kongress und Präsident, in: Peter Lösche, Hans Dietrich von Loeffelholz (Hrsg.), Länderbericht USA, Bonn 2004, S. 219-221.

³² Vgl. ebd., S. 227-228, 243.

³³ Damit ist keine Aufteilung gemeint, in deren Folge jeder Spieler über 50% frei verfügen könnte. Gemeint ist eine gemeinsame, aber voneinander relativ unabhängige Verwendung der 100%.

³⁴ Vgl. Allison (1990): S. 259. Richard E. Neustadt, Presidential Power and the Modern Presidents. The Politics of Leadership from Roosevelt to Reagan, 5. Auflage, New York 1990, S. 29.

³⁵ Zit. n. Don Oberdorfer, House China Vote Shows Power of Domestic Politics, in: The Washington Post, 1. Juli 1989 (LexisNexis).

zu berücksichtigen, als dies etwa für ein Kongressmitglied der Fall ist. Man kann daraus schließen, dass der Präsident hinsichtlich der Reaktion gegenüber der VRCh andere Erfordernisse und Zwänge berücksichtigte, als dies die Kongressmitglieder und ebenso die Öffentlichkeit taten. Unter Berücksichtigung des beinahe unmittelbaren Zugangs zu relevanten Informationen in Form von Unterredungen mit den führenden Beamten aus dem Außenministerium und dem Nationalen Sicherheitsrat kann man ebenso von einem gegenüber dem Kongress und der Öffentlichkeit erheblichen Informationsvorsprung des Präsidenten ausgehen.³⁶

Hinsichtlich der Sozialisation des Präsidenten ist zum einen dessen Tätigkeit als Leiter des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking zwischen 1974 und 1975 und zum anderen seine politische sowie auch persönliche Nähe zu Henry Kissinger und Richard Nixon zu berücksichtigen. Bush sprach sich infolge seiner beruflichen Tätigkeiten in China ein überdurchschnittliches Wissen über dessen politisches System zu und nahm sich der Gestaltung der Außenpolitik gegenüber der VRCh als persönlicher Angelegenheit an.³⁷ Die diplomatische Tätigkeit in Peking hatte ihn für die Besonderheiten chinesischer (Außen-)Politik und für die langfristigen Implikationen einer Verschlechterung der sino-amerikanischen Beziehungen sensibilisiert.³⁸ Bush konnte insofern aus einem Erfahrungsschatz schöpfen, der den meisten Kongressmitgliedern verschlossen geblieben sein dürfte. Die ehemaligen Spitzenpolitiker Nixon und Kissinger, 1971 maßgeblich zuständig für die Öffnung der USA gegenüber der VRCh, übten einen ebenfalls nicht unerheblichen Einfluss auf Bushs Haltung aus.³⁹ Deutlich wird dies unter anderem an den nach dem 4. Juni stattfindenden Treffen beider mit Mitgliedern der Führungsspitze der KPCh. Diese mit anschließenden Beratungsgesprächen bei Präsident Bush verbundenen Reisen wurden deshalb nicht unterbunden, weil Kissinger und Nixon seit mehreren Jahren nicht mehr Mitglieder der Regierung waren und ihre Reisen privaten Charakter gehabt haben sollen. Sie waren dementsprechend nicht den Reglementierungen des Sanktionspakets unterworfen.⁴⁰ Die realpolitischen Entscheidungen und Handlungen Kissingers und Nixons, insbesondere deren eingangs erläuterte Geheimdiplomatie mit der VRCh ab dem Jahr 1971, bestärkten Bush in dem Vorhaben, im Geheimen gegen die Sanktionspakete, insbesondere gegen das Verbot hochrangiger politischer Kontakte, zu verstoßen.⁴¹ Bush zu-

³⁶ Vgl. George H. W. Bush Presidential Library and Museum, Public Papers, Juni bis Dezember 1989.

³⁷ Vgl. Bush/Scowcroft (1998): S. 90, 100-105.

³⁸ Vgl. Kissinger (2011): S. 426.

³⁹ Vgl. Jeffrey A. Engel, A Better World... but Don't Get Carried Away: The Foreign Policy of George H. W. Bush Twenty Years On, in: Diplomatic History, Nr. 1, Januar 2010, S. 40-43.

⁴⁰ Vgl. Kissinger (2011): S. 432. David Hoffman, Nixon Reports to Bush on China Visit; White House Plans No „Dramatic Changes,“ Spokesman Says, in: The Washington Post, 7. November 1989 (LexisNexis).

⁴¹ Vgl. Randolph Kluver, Rhetorical Trajectories of Tiananmen Square, in: Diplomatic History, Nr. 1, Januar 2010, S. 87-88. Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration, Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush, Book II, July 1 to December 31 1989, Washington

folge war es ein substanzieller Beweggrund seiner Handlungen, verhindern zu wollen, dass die VRCh zurück in den sowjetischen Einflussbereich falle. Das sich objektiv stark abzeichnende Ende des Kalten Krieges war für ihn demnach kein Grund davon auszugehen, dass eine Abschreckung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken nicht mehr nötig und das somit auch die strategische Bedeutung Chinas nicht abgeschwächt sei.⁴² Darin äußert sich das alte realpolitische Denkmuster, das in den 1970er Jahren unter Präsident Nixon angesichts unveränderter Spannungen zwischen Ost- und Westblock Geltung hatte, 1989 aber eher anachronistisch wirkte.⁴³ Es muss dabei allerdings in Rechnung gestellt werden, dass Präsident Bushs Wahrnehmungen, seine Fähigkeiten, mithin ein Großteil seiner politischen Sozialisation vom Zeitalter der Bipolarität geprägt waren. Er war, wie Michael Mandelbaum es beschreibt, sowohl charakterlich als auch politisch ein Produkt des Kalten Krieges.⁴⁴

Erst seit Januar desselben Jahres im Amt, musste sich Präsident Bush vorläufig keine Sorgen um seine Wiederwahl machen. Wohl aber stand zeitnah seine politische Reputation auf dem Spiel, sowohl gegenüber den verschiedenen politischen Lagern als auch gegenüber der Bevölkerung. Es galt einen Konsens zu finden zwischen dem, was innenpolitisch nötig und außenpolitisch möglich beziehungsweise im Sinne langfristig guter Beziehungen zur VRCh ratsam war.⁴⁵ Seine politische Reputation, insbesondere das (Selbst-)Bild als starker außenpolitischer Führer, stand für Präsident Bush zusammen mit den Beziehungen zur VRCh als Einsatz auf dem Spiel.⁴⁶

Das Problem selbst, die adäquate Reaktion auf die Niederschlagung der chinesischen Proteste, drang sich plötzlich und mit erheblichem Zeitdruck auf. Die Nacht vom 3. auf den 4. Juni wurde von der VBA rasch genutzt, um die Räumung der Innenstadt und des Tiananmen-Platzes vorzunehmen. Die Anwesenheit internationaler Presse machte die gewaltsame Durchführung für die ganze Welt sichtbar. Dass der daraus erwachsene Handlungsdruck für den Präsidenten groß war, zeigt das bereits am folgenden Tag erlassene erste Sanktionspaket.

D.C. (1990b): S. 1733. Robert G. Sutter, U.S. Policy Toward China. An Introduction to the Role of Interest Groups, Lanham 1998, S. 27.

⁴² Vgl. o.A., Text of Interview With President Bush, in: The Washington Post, 2. Juni 1989 (LexisNexis). Bush/Scowcroft (1998): S. 98.

⁴³ Vgl. Anthony Lewis, Abroad at Home; The Kissinger Syndrome, in: The New York Times, 17. Dezember 1989 (LexisNexis).

⁴⁴ Vgl. Michael Mandelbaum, The Bush Foreign Policy, in: Foreign Affairs, Nr. 1, Sonderausgabe 1990, S. 22.

⁴⁵ Vgl. Kissinger (2011): S. 425-426.

⁴⁶ Vgl. Robert S. Ross, The Diplomacy of Tiananmen: Two-level Bargaining and Great-power Cooperation, in: Security Studies, Nr. 2, Winter 2000/2001: S.158-159.

Der 101. Kongress

Für den Kongress waren zum Großteil andere Faktoren entscheidend. Betrachtet man das Amt bzw. die zwei Arten von Ämtern, die der Senatoren und die der Repräsentanten, fällt zuerst deren alle zwei Jahre stattfindende, direkte Wahl durch die Bürger der USA auf. Der daraus erwachsende latente Wiederwahldruck bewirkt eine starke Orientierung der Abgeordneten an den Interessen ihrer Wahlkreise. Zweitens fällt die relativ geringe parteipolitische Disziplinierung der Abgeordneten auf. Sie sind dazu befähigt, relativ unabhängig von den Positionen ihrer eigenen Partei zu agieren, was die individuelle Orientierung an Wahlkreisinteressen zusätzlich unterstützt.⁴⁷

Aufgrund der umfassenden medialen Berichterstattung über den Tiananmen-Zwischenfall hatte sich in der Bevölkerung ein breiter Konsens darüber gebildet, dass die VRCh für ihre gewaltsame Unterdrückung demokratischer Werte und Menschenrechte abgestraft werden müsse. Der Kongress nahm die öffentliche Stimmung, die durch die Forderungen nach scharfen Sanktionen der 40.000 in den USA lebenden chinesischen Studenten noch verstärkt wurde, auf und machte sie zu seinen eigenen Interessen.⁴⁸ Die oben erläuterten Zwänge und Möglichkeiten der Abgeordnetenämter berücksichtigend, scheint die Orientierung an den Interessen der Bevölkerung naheliegend. Hinzu kommen das sich abzeichnende Ende des Kalten Krieges und damit das vorläufige Ende der strategischen und sicherheitspolitischen Relevanz Chinas. Durch die zunehmende Auflösung des zentralsten Sicherheitsproblems der USA verschwand auch das Erfordernis grundsätzlicher Zustimmung des Kongresses zu allen vom Präsidenten als für die Sicherheit der USA relevant erachteten Handlungsprogrammen. Das Interesse an außenpolitischer Einflußnahme stieg damit.⁴⁹

Der Einsatz, um den gespielt wurde, war also zum einen das Ziel, der Institution mehr außenpolitisches Gewicht zu verleihen, und zum anderen, den nächsten Wahlerfolg durch Verwirklichung von Bürgerinteressen vorzubereiten.

Angesichts der sich rasch entwickelnden Ereignisse wurde auch im Kongress keine Zeit verloren, auf die Ereignisse vom 4. Juni zu reagieren. Das Problem der Suche nach einer adäquaten außenpolitischen Reaktion drängte sich dem Kongress allerdings nicht in gleicher Intensität auf wie dem Präsidenten. Aufgrund des Informationsvorsprungs des Präsidenten und der kurzfristig schwer koordinierbaren Reaktion der Vielzahl von legislativen Spielern war die Chance für den Kongress, rasch wirksamen Einfluss auf die letztendlichen Entscheidungen und Handlungen der Regierung zu nehmen, kleiner als die des Präsidenten. Wenn vor-

⁴⁷ Vgl. Shell (2004): S. 210-213.

⁴⁸ Vgl. Gerrit W. Gong, Tiananmen: Causes and Consequences, in: *The Washington Quarterly*, Nr. 1, Winter 1990, S. 94.

⁴⁹ Vgl. Taifa Yu, The Conduct of Post-Tiananmen U.S. China Policy: Domestic Constraints, Systemic Change, and Value Incompatibility, in: *Asian Affairs*, Nr. 4, Winter 1993, S. 230, 242-244.

ausgesetzt wird, dass der Kongress trotz dieser kurzfristig benachteiligten Stellung seinen Interessen wirksam nachzukommen suchte, war der aus dem Problem erwachsende Handlungsdruck dementsprechend größer.

3. Die Verhandlungsprozesse

Verhandlungsprozesse stellen das Kernstück der Entscheidungsfindung im Modell bürokratischer Politik dar. Das Aufzeigen und die Analyse dieser Prozesse sind daher existenziell für die Beantwortung der Forschungsfrage. Welchen Einfluss die Spieler im Rahmen dieser Prozesse ausübten und durch welche Handlungskanäle das Spiel strukturiert wurde, ist Teil der nun folgenden Analyse.

Die Verhandlungsprozesse begannen schon am Tag der Niederschlagung der Proteste, als der Kongress scharfe Sanktionen gegen die VRCh forderte und sich sowohl Präsident Bush als auch Außenminister James Baker einer ihrer Meinung nach womöglich allzu harten und übereilten Reaktion widersetzen.⁵⁰ Auf der Seite des Kongresses traten bereits am 4. Juni der republikanische Senator Jesse Helms, Mitglied des Senatskomitees für Auswärtige Beziehungen, und der demokratische Repräsentant Stephen J. Solarz, Vorsitzender im Subkomitee für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, in der Presse besonders hervor. Ihr gemeinsames öffentliches Eintreten für schärfere Sanktionen kann als Zeichen für das parteienübergreifende Interesse an einer stärkeren außenpolitischen Beteiligung des Kongresses angesehen werden. Am 5. Juni traten sogar vermehrt republikanische Abgeordnete beider Häuser öffentlich auf, was angesichts der ebenso republikanischen Parteizugehörigkeit des Präsidenten die relative Unabhängigkeit der Legislativ- von den Exekutivspielern unterstreicht. So forderten Senator Richard G. Lugar und Repräsentat Mickey Edwards rasch zu erlassende, härtere Sanktionen, wobei sie sich im Gegensatz zu demokratischen Abgeordneten mit inhaltlichen Forderungen zurückhielten.⁵¹

Die Presse diente hier als Handlungskanal, durch den die Kongressmitglieder ihre Sicht einer adäquaten außenpolitischen Reaktion an den Präsidenten herantrugen. Daneben nutzte der Kongress einen weiteren Handlungskanal. Es handelte sich dabei um seine zentrale Kompetenz im politischen System, die Gesetzgebung beziehungsweise das Einbringen von Gesetzesvorschlägen. So wurde der bereits im März im Repräsentantenhaus eingebrachte Foreign Relations Authorization Act durch ein im Senat eingebrachtes Änderungsgesetz von Mitte Ju-

⁵⁰ Vgl. Helen Dewar, Bush Decries Chinese Decision to Use Force, in: The Washington Post, 4. Juni 1989 (LexisNexis).

⁵¹ Vgl. Bill McAllister, Lawmakers Ask Strong U.S. Action; Punish Authorities, White House Told, in: The Washington Post, 5. Juni 1989 (LexisNexis).

ni zuungunsten der VRCh verschärft.⁵² Dieses zweijährlich zu verabschiedende Gesetz beinhaltet im Wesentlichen die Zuweisung von Finanzmitteln an das Außenministerium. Am 21. Juni, einen Tag nach Erlass des zweiten Sanktionspakets, erfolgte die Einbringung eines weiteren Gesetzesvorschlages. Es handelte sich dabei um den Emergency Chinese Immigration Relief Act, welcher die von Präsident Bush angekündigte positive Bewertung der Visaanträge von bereits in den USA befindlichen, chinesischen Studenten in Gesetzesform gießen sollte.⁵³

Diese und andere Gesetzesvorschläge hatten zwei Stoßrichtungen. Zum einen sollten sie Präsident Bush signalisieren, eine härtere Linie gegen die VRCh zu fahren, zum anderen sollten sie die bereits implementierten Sanktionen verschärfen und durch ihre Gesetzwerdung für den Präsidenten unantastbar machen. Wenige Tage nach Einbringung des eben beschriebenen, zweiten Gesetzesvorschlages ließ Präsident Bush allerdings durch Außenminister Baker in der Presse erklären, er habe nicht vor, weitere Regelungen zu erlassen, die über die bisher verhängten Sanktionen hinausgingen.⁵⁴ Diese Ankündigung war seitens des Kongresses insofern ernst zu nehmen, als hinter ihr in Form des präsidentiellen Vetorechts ein zentraler Verhandlungsvorteil Bushs stand. Dieser konnte nur durch eine äußerst schwer erreichbare Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses überwunden werden.⁵⁵ Wie bereits zuvor erläutert, diente der Kongress mit seinen öffentlichen Appellen und Gesetzesvorschlägen nicht nur eigenen Interessen, sondern aggregierte ebenso die Interessen der in den USA lebenden chinesischen Studenten, der Menschenrechtsorganisationen und insbesondere der Bürgerinnen und Bürger, deren Reaktion auf den Tiananmen-Zwischenfall stark durch die mediale Vermittlung des Ereignisses beeinflusst worden war.⁵⁶ Die große Unterstützung durch die Öffentlichkeit diente dem Kongress somit auch als Verhandlungsvorteil, dem sich Präsident Bush nicht gänzlich entziehen konnte.

In Anbetracht des wachsenden Druckes, sowohl durch den Kongress als auch durch die Öffentlichkeit, in Verbindung mit voranschreitenden Menschenrechtsverletzungen in der VRCh sah sich Präsident Bush gezwungen, nach einem ersten Sanktionspaket weitere Regelungen zuungunsten der VRCh zu erlassen.⁵⁷ Dass dieses zweite Sanktionspaket seinen eigenen Vorstellungen widersprach und folglich das Ergebnis äußerer Einflüsse war, wird an der

⁵² Vgl. The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 1487, Foreign Relations Authorization Act, Fiscal Years 1990 and 1991, Washington D.C., Fassung vom 20. März 1989. Library of Congress, THOMAS, Senate 1160, Foreign Relations Authorization Act, Fiscal Year 1990, Washington D.C., Fassung vom 12. Juni 1989.

⁵³ Vgl. The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 2712, Emergency Chinese Immigration Relief Act of 1989, Washington D.C., Fassung vom 21. Juni 1989.

⁵⁴ Vgl. Hoffman, David, China Executions Push Bush to Focus on Future; President Replaces Criticism of Beijing With Strategy to Salvage Relationship Over Long Run, in: The Washington Post, 25. Juni 1989 (LexisNexis).

⁵⁵ Vgl. Shell (2004): S. 230.

⁵⁶ Vgl. Sutter (1998): S. 30. Winston Lord, China and America: Beyond the Big Chill, in: Foreign Affairs, Nr. 4, Herbst 1989, S. 10.

⁵⁷ Vgl. Ottaway/Smith (1989).

hohen Bedeutung deutlich, die er persönlichen Kontakten zu den Führungsmitgliedern der KPCh zumaß, die nun aber durch das zweite Sanktionspaket unterbunden werden sollten.⁵⁸ Wie wichtig Präsident Bush der Dialog mit der VRCh war, wird insbesondere an seinem zu Beginn dieses Kapitels beschriebenen Brief an Deng Xiaoping deutlich. In dem bereits einen Tag nach Erlass des zweiten Sanktionspakets versendeten Brief spricht Bush Deng als Freund an, lobt Chinas Kultur und Geschichte und bittet um Verständnis für das momentane Verhalten eines noch so jungen Landes wie dem seinen, das sich anderen Werten verpflichtet fühle, als es China tue. Mit größter Vorsicht formulierte Bush die Bitte um eine friedliche Beilegung des innerchinesischen Konflikts und verwies auf die etwaige positive Reaktion der USA und anderer Länder darauf.⁵⁹

Dass Präsident Bush nach Erlass des zweiten Sanktionspaketes keine weiteren Strafmaßnahmen gegenüber der VRCh mehr akzeptieren konnte, zeigt Ende Juni sein Beharren auf der präsidentiellen Prerogative für Planung und Ausführung der Außenpolitik.⁶⁰ Weiteres Entgegenkommen gegenüber Kongress und Bevölkerung hätte für den Präsidenten eine ernsthafte Gefährdung seiner Interessen dargestellt.

Die Forderung nach härteren Sanktionen seitens des Kongresses und die Zurückweisung derselbigen durch den Präsidenten bestimmten in den Folgemonaten zu weiten Teilen die öffentliche Berichterstattung. Anfang November kam es dann scheinbar zu einer ersten Konzession des Präsidenten. Am 7. November verabschiedeten beide Kammern des Kongresses mit großen Mehrheiten einen Gesetzesvorschlag, der einige der in den Sanktionspaketen enthaltenen Regelungen zu Gesetz werden lassen sollte. Dass der Gesetzesvorschlag vom Kongress verabschiedet und schließlich auch vom Präsidenten unterzeichnet wurde, lag allerdings an einer noch am Tag der Verabschiedung vom Kongress selbst vorgenommenen Änderung, die als Reaktion auf Bushs zentralen Verhandlungsvorteil, das Vetorecht, zu werten ist. Dieser Änderung zufolge hatte der Präsident das Recht, das Gesetz in dem Moment auszusetzen, in dem er dies als dem nationalen Interesse dienlich ansah.⁶¹ Damit war das Gesetz im Grunde jederzeit aussetzbar, unterliegt doch der Begriff des nationalen Interesses bis heute keiner festen Definition.⁶² Obschon hier der zentrale präsidentielle Verhandlungsvorteil in Form des Vetorechts offensichtlich vorausseilende Zugeständnisse des Kongresses an den Präsidenten erzwang, blieb es in den Folgemonaten nicht bei der rein verbalen Drohung mit seiner Anwendung. Am 19. November stoppte der Präsident durch sein Veto den Foreign Operations,

⁵⁸ Vgl. Dowd (1989), Engel (2010): S. 44-45.

⁵⁹ Vgl. Kissinger (2011): S. 426-428. Bush/Scowcroft (1998): S. 100.

⁶⁰ Vgl. Don Oberdorfer, Baker Issues Warning on Sanctions; „Hasty Dismantling“ Of Relations Feared, in: The Washington Post, 27. Juni 1989 (LexisNexis).

⁶¹ Vgl. Don Oberdorfer, Conferees Approve Sanctions on China: White House Reluctantly Acquiesces, in: The Washington Post, 8. November 1989 (LexisNexis).

⁶² Vgl. Dianne E. Rennack, China: Economic Sanctions, CRS Report for Congress (RL31910), Washington D.C., 1. Februar 2006, S. 2.

Export Financing, and Related Programs Appropriations Act, der seine außenpolitische Handlungsfreiheit eingeschränkt hätte.⁶³ Ebenso erging es am 21. November dem bereits oben angesprochenen Foreign Relations Authorization Act. Im Kongress wollte man sich mit einem derart abrupten Ende der Verhandlungsprozesse nicht zufrieden geben. Beide vom Präsidenten gestoppte Gesetzesvorschläge wurden je am 20. und 21. November erneut eingebracht, dieses Mal allerdings mit einem Zusatz. Ähnlich dem bereits oben beschriebenen Zugeständnis des Kongresses hatte der Präsident ihm zufolge das Recht, die hier genannten Sanktionen gegen die VRCh und Einschränkungen seiner außenpolitischen Handlungsfreiheit auszusetzen, wenn er entweder nachwies, dass es in der VRCh zu einem weniger repressiven Umgang mit der Bevölkerung gekommen ist oder die Aussetzung im nationalen Interesse liegt.⁶⁴ Man kann daraus schließen, dass Präsident Bush durch sein Vetorecht ganz erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung des Kongresses nahm.

Der Zwist zwischen Kongress und Präsident war damit allerdings nicht beigelegt. Zu einem erneuten verbalen Zusammenstoß zwischen beiden Spielerkoalitionen kam es Mitte Dezember, als bekannt wurde, dass Präsident Bush von seinem Recht, die gesetzlichen Sanktionen zugunsten des nationalen Interesses auszusetzen, Gebrauch gemacht hatte. Infolgedessen wurden entgegen dem oben beschriebenen Gesetz vom 7. November amerikanische Satelliten in die VRCh transportiert, um von dort durch chinesische Trägerraketen in die Umlaufbahn transportiert zu werden.⁶⁵ Darüber hinaus wurde Mitte Dezember die erste geheime Reise Scowcrofts und Eagleburgers bekannt, woraufhin sich insbesondere Repräsentant Solarz abermals über den Präsidenten öffentlich echauffierte und dessen Geheimdiplomatie als unkooperative und ineffektive Vorgehensweise bezeichnete.⁶⁶

Unterstützt durch die letztendlich schwachen Gesetze des Kongresses, das Ende seiner Sitzungszeit und eine abflauende Themenkonjunktur war Präsident Bush allerdings zu Ende des Jahres eher in der Lage, die Außenpolitik öffentlich seinen Interessen gemäß zu gestalten. Exemplarisch für seine zunehmend kompromisslose Einstellung gegenüber den Forderungen des Kongresses scheint der Ausspruch eines Pentagonsprechers bezüglich der Aufrüstung chinesischer F-8-Kampfflugzeuge: „The president did not intend to terminate the program, nobody wanted to terminate this program.“⁶⁷

⁶³ Vgl. The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 2939, Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Appropriations Act, 1990, Washington D.C., Fassung vom 19. Juni 1989.

⁶⁴ Vgl. The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 3743, Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Appropriations Act, 1990, Washington D.C., Fassung vom 20. November 1989. The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 3792, Foreign Relations Authorization Act, Fiscal Years 1990 and 1991, Washington D.C., Fassung vom 21. November 1989.

⁶⁵ Vgl. Lally Weymouth, Why Launch China's Satellite Business?, in: The Washington Post, 14. Dezember 1989 (LexisNexis).

⁶⁶ Vgl. David Hoffman, Ann Devroy, Bush Rejects New Sanctions for China, Clears Satellites, in: The Washington Post, 20. Dezember 1989 (LexisNexis).

⁶⁷ Zit. n. Lardner Jr. (1989).

4. Inkonsequente Außenpolitik als *Outcome*

Die Entscheidungen und Handlungen der Regierung wurden durch eine Vielzahl von Spielern beeinflusst. Die dabei von ihnen verfolgten Interessen widersprachen sich in vielerlei Hinsicht. Präsident Bush und der Kongress waren sich zwar einerseits einig, dass eine Reaktion auf die Niederschlagung der Proteste erfolgen musste, andererseits waren Qualität und Quantität dieser Reaktion äußerst umstritten.

In Präsident Bushs langfristigem Interesse lag es, trotz nötiger Sanktionen möglichst rasch zu einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen zurückzukehren.⁶⁸ Ein Zerwürfnis mit der VRCh sollte sowohl aufgrund sicherheits- und geopolitischer Ziele als auch zugunsten langfristiger wirtschaftlicher Interessen nicht riskiert werden. Allerdings rang ihm der öffentliche Druck seitens des Kongresses und der Bevölkerung Rücksichtnahme auf deren Interessen ab. Spätestens nach Erlass des zweiten Sanktionspaketes konnte er keine allzu offensichtliche und rasche Normalisierung der Beziehungen zur VRCh mehr verfolgen.⁶⁹

Der Kongress verfolgte seine Interessen insbesondere mithilfe der Öffentlichkeit, das heißt mithilfe der Medien als Stimmungsmacher und Handlungskanal sowie auf Grundlage der Interessen der Bevölkerung. Die öffentlichen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger nach schärferen Sanktionen waren insbesondere Ergebnis der medialen Vermittlung der Ereignisse in China, die erst durch ihre bildliche Darstellung in einem solchem Umfang als brutal empfunden werden konnten. Diese mediale Vermittlung ging sogleich einher mit dem Gefühl der Verletzung von für das politische System der USA substanziellen Werten und Rechten, allen voran Demokratie und Menschenrechte. Beiden sollte und wollte der Kongress durch schärfere Sanktionen zum Vormarsch verhelfen, sich somit als Anwalt der Interessen sowohl der amerikanischen als auch der chinesischen Bevölkerung darstellen und dadurch, nach einer langen Periode der Nicht-Einmischung, ein außenpolitisches Profil entwickeln.

Zusammen stellen die Sanktionspakete und die Sanktionsverletzungen die Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh im Anschluss an den Tiananmen-Zwischenfall dar. Diese Außenpolitik ist das *Outcome*, das von keinem Spieler von vornherein so intendierte Ergebnis der zum Zwecke außenpolitischer Einflussnahme geführten Verhandlungsprozesse. Das erste Sanktionspaket schien dabei noch für alle Spieler annehmbar zu sein. Das zweite widersprach bereits den Interessen beider Spieler, weil es Präsident Bush zu weit und dem Kongress nicht weit genug ging. In den Folgemonaten entbrannte ein öffentlicher Streit darüber, was die adäquate Reaktion der USA auf die Niederschlagung der Protestbewegung sein sollte. Im Hintergrund dieses zu weiten Teilen öffentlichen Verhandlungsprozesses bemühte sich der Präsident

⁶⁸ Vgl. Bush/Scowcroft (1998): S. 98-99,

⁶⁹ Vgl. Ross (2000/2001): S. 139-142.

um die geheime Aufrechterhaltung des sino-amerikanischen Dialogs, was im Großen (Geheimreisen Scowcrofts und Eagleburgers) wie im Kleinen (etwa Export amerikanischer Satelliten, Export von Passagierflugzeugen) Verletzungen der Sanktionspakete mit sich zog. Der Begriff der Inkonsequenz passt folglich als Bezeichnung für diese Außenpolitik nicht gänzlich. Bei erster Betrachtung des vorliegenden Forschungsthemas scheint man noch von Inkonsequenz der Regierung sprechen zu können. Bei näherer Analyse wird jedoch klar, dass das, was anfänglich als inkonsequentes Verhalten bezeichnet wurde, aus Sicht der Spieler nur logische Schritte im interinstitutionellen Spiel um die Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh waren.

IV. Fazit

Hinsichtlich der eingangs gestellten Forschungsfrage nach den innenpolitischen Ursachen der inkonsequenten Außenpolitik der USA gegenüber der VRCh im Anschluss an den Tiananmen-Zwischenfall vom 4. Juni 1989 kann nun Folgendes gesagt werden: Die in der Verfassung nicht erfolgte, explizite Kompetenzzuweisung für die Gestaltung der Außenpolitik war Grundlage des Kompetenzstreits zwischen Präsident und Kongress. Durch diese Offenheit des außenpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses konnte eine Vielzahl von Spielern Einfluss auf die Entscheidungen und Handlungen der Regierung ausüben. Präsident Bush verfolgte im vorliegenden Fall Ziele, die stark durch eigene Erfahrungen und realpolitische Denkmuster geprägt waren. Sein Handeln diente zum einen langfristigen sicherheits- und geopolitischen Zielen, die allerdings in Anbetracht des sich abzeichnenden Endes des Kalten Krieges objektiv an Relevanz eingebüßt hatten.⁷⁰ Zum anderen spielten wirtschaftliche Interessen und wachsende Sicherheitsbedenken gegenüber der aufstrebenden VRCh eine Rolle in der Aufrechterhaltung des sino-amerikanischen Dialogs, die für im Einfluss beschränkte Sanktionsmaßnahmen nicht preisgegeben werden sollten.⁷¹ Bush glaubte, dass durch die Aufrechterhaltung des Dialogs und einen zunehmenden wirtschaftlichen Austausch den demokratieaffinen Elementen in der VRCh langfristig eher geholfen wäre.⁷² Inwiefern in der VRCh eine Korrelation zwischen positivem wirtschaftlichen Wachstum und zunehmender Ausbrei-

⁷⁰ Vgl. Ross (2000/2001): S. 9-11.

⁷¹ Vgl. A. Cooper Drury, Yitan Li, U.S. Economic Sanction Threats Against China: Failing to Leverage Better Human Rights, in: Foreign Policy Analysis, Nr. 2, 2006, S. 320-322.

⁷² Vgl. Engel (2010): S. 37.

tung von, im westlichen Sinne, grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten besteht, ist allerdings strittig. Dass eine Reaktion nötig war, gebot das an demokratischen Werten und grundlegenden Menschenrechten orientierte politische System der USA.

Auf ebendiese Werte und Rechte bezog sich auch der Kongress, allerdings als zentrales Rechtfertigungsmittel für noch schärfere Sanktionen gegen die VRCh. Präsident Bush wurde durch die vom Kongress aufgegriffene öffentliche Meinung in Form von Gesetzesvorschlägen und in Verbindung mit dessen zunehmend einheitlichem Abstimmverhalten unter Druck gesetzt.⁷³ Derart erklärt sich die Implementation des zweiten Sanktionspaketes, das offensichtlich von Bushs eigenen Vorstellungen einer adäquaten Reaktion gegenüber der VRCh abwich. Die Außenpolitik, die er für richtig hielt, konnte er in den Monaten nach dem 4. Juni nur deshalb verfolgen, weil er die Verfügungsgewalt über die von ihm selbst implementieren Sanktionen erhalten konnte. So oblag es seiner Einschätzung, ob die Sanktionen im Einzelfall außer Kraft gesetzt werden sollten. Gesetzesvorhaben des Kongresses, die ihm die Gestaltungshoheit der Außenpolitik gegenüber der VRCh entzogen hätten, konnte er durch sein Vetorecht abschmettern oder aber zu seinen Gunsten verändern. Dadurch konnte Bush zu Ende des Jahres die Vorhersehbarkeit und Regelmäßigkeit außenpolitischer Prozesse gemäß seinen Interessen sichern.

⁷³ Vgl. Bush/Scowcroft (1998): S. 108.

1. Abkürzungsverzeichnis

KPCh	Kommunistische Partei Chinas
USA	United States of America
VBA	Volksbefreiungsarmee
VRCh	Volksrepublik China

2. Literatur- und Quellenverzeichnis

a) *Monographien und Sammelbände*

- Allison, Graham T., *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, New York, 2. Auflage, 1999.
- Bush, George H. W.; Scowcroft, Brent, *A World Transformed*, New York 1998.
- Gu, Xuewu, *Ausspielung der Barbaren. China zwischen den Supermächten in der Zeit des Ost-West-Konfliktes*, Baden-Baden 1998.
- Haftendorn, Helga (Hrsg.), *Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen*, Hamburg 1975.
- Harding, Harry, *A Fragile Relationship. The United States and China since 1972*, Washington D.C. 1992.
- Herrmann-Pillath, Carsten; Lackner, Michael (Hrsg.), *Länderbericht China. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum*, Bonn 1998.
- Kissinger, Henry, *China. Zwischen Tradition und Herausforderung*, 4. Auflage, München 2011.
- Lösche, Peter; von Loeffelholz, Hans Dietrich (Hrsg.), *Länderbericht USA*, Bonn 2004.
- Neustadt, Richard E., *Presidential Power and the Modern Presidents. The Politics of Leadership from Roosevelt to Reagan*, 5. Auflage, New York 1990.
- Sutter, Robert G., *U.S. Policy Toward China. An Introduction to the Role of Interest Groups*, Lanham 1998.

b) *Nachschlagewerke*

- Schmidt, Manfred G., *Wörterbuch zur Politik*, 3. Auflage, Stuttgart 2010.

c) *Aufsätze, Arbeitspapiere und Studien*

- Allison, Graham T., Begriffliche Modelle und das Wesen der Entscheidung, in: Helga Haftendorn (Hrsg.), *Theorie der Internationalen Politik. Gegenstand und Methoden der Internationalen Beziehungen*, Hamburg 1975, S. 255-274.
- Ambrose, Stephen E., *The Presidency and Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, Nr. 5, Winter 1991, S. 120-137.
- Drury, A. Cooper; Li, Yitan, *U.S. Economic Sanction Threats Against China: Failing to Leverage Better Human Rights*, in: *Foreign Policy Analysis*, Nr. 2, 2006, S. 307-324.
- Engel, Jeffrey A., *A Better World... but Don't Get Carried Away: The Foreign Policy of George H. W. Bush Twenty Years On*, in: *Diplomatic History*, Nr. 1, Januar 2010, S. 25-46.
- Gong, Gerrit W., *Tiananmen: Causes and Consequences*, in: *The Washington Quarterly*, Nr. 1, Winter 1990, S. 79-95.
- Gu, Xuewu, *Die Volksrepublik China zwischen den Supermächten: 1949-1989*, in: Carsten Herrmann-Pillath, Michael Lackner (Hrsg.), *Länderbericht China. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum*, Bonn 1998, S. 493-514.
- Kluver, Randolph, *Rhetorical Trajectories of Tiananmen Square*, in: *Diplomatic History*, Nr. 1, Januar 2010, S. 71-94.
- Lord, Winston, *China and America: Beyond the Big Chill*, in: *Foreign Affairs*, Nr. 4, Herbst 1989, S. 1-26.
- Mandelbaum, Michael, *The Bush Foreign Policy*, in: *Foreign Affairs*, Nr. 1, Sonderausgabe 1990, S. 5-22.
- Olson, William C., *The US Congress: An Independent Force in World Politics?*, in: *International Affairs*, Nr. 3, Juli 1991, S. 547-563.
- Rennack, Dianne E., *China: Economic Sanctions*, CRS Report for Congress (RL31910), Washington D.C., 1. Februar 2006.
- Ross, Robert S., *The Diplomacy of Tiananmen: Two-level Bargaining and Great-power Cooperation*, in: *Security Studies*, Nr. 2, Winter 2000/2001, S. 139-178.
- Rudolf, Peter, *Rückkehr zur Rivalität. Kongress und Präsident in der amerikanischen Außenpolitik am Ende der Ära Bush*, SWP-Studie Nr. 8, Berlin, März 2008.
- Shell, Kurt L., *Kongress und Präsident*, in: Peter Lösche, Hans Dietrich von Loeffelholz, (Hrsg.): *Länderbericht USA*, Bonn 2004, S. 202-245.
- Sullivan, Roger W., *Discarding the China Card*, in: *Foreign Policy*, Nr. 86, Frühling 1992, S. 3-23.
- Tucker, Nancy Bernkopf, *China and America: 1941-1991*, in: *Foreign Affairs*, Nr. 5, Winter 1991, S. 75-92.
- Yu, Taifa, *The Conduct of Post-Tiananmen U.S. China Policy: Domestic Constraints, Systemic Change, and Value Incompatibility*, in: *Asian Affairs*, Nr. 4, Winter 1993, S. 229-247.

d) *Beiträge aus Zeitungen und Agenturmeldungen*

- Dewar, Helen, Bush Decries Chinese Decision to Use Force, in: The Washington Post, 4. Juni 1989 (LexisNexis).
- Dowd, Maureen, 2 U.S. Officials Went to Beijing Secretly in July, in: The New York Times, 19. Dezember 1989 (LexisNexis).
- Erlanger, Steven, Top Aides to Bush Are Visiting China to Mend Relations, in: The New York Times, 10. Dezember 1989 (LexisNexis).
- Hoffman, David, China Executions Push Bush to Focus on Future; President Replaces Criticism of Beijing With Strategy to Salvage Relationship Over Long Run, in: The Washington Post, 25. Juni 1989 (LexisNexis).
- Hoffman, David, Nixon Reports to Bush on China Visit; White House Plans No „Dramatic Changes,“ Spokesman Says, in: The Washington Post, 7. November 1989 (LexisNexis).
- Hoffman, David; Dewar, Helen, Bush Suspends Military Sales to China; President Rejects Calls From Congress for More Severe Action, in: The Washington Post, 6. Juni 1989 (LexisNexis).
- Hoffman, David; Devroy, Ann, Bush Rejects New Sanctions for China, Clears Satellites, in: The Washington Post, 20. Dezember 1989 (LexisNexis).
- Lardner Jr., George, U.S. Began Lifting Business, Military Sanctions on China Months Ago, in: The Washington Post, 12. Dezember 1989 (LexisNexis).
- Lewis, Anthony, Abroad at Home; The Kissinger Syndrome, in: The New York Times, 17. Dezember 1989 (LexisNexis).
- McAllister, Bill, Lawmakers Ask Strong U.S. Action; Punish Authorities, White House Told, in: The Washington Post, 5. Juni 1989 (LexisNexis).
- O.A., Text of Interview With President Bush, in: The Washington Post, 2. Juni 1989 (LexisNexis).
- Oberdorfer, Don, Baker Issues Warning on Sanctions; „Hasty Dismantling“ Of Relations Feared, in: The Washington Post, 27. Juni 1989 (LexisNexis).
- Oberdorfer, Don, Conferees Approve Sanctions on China: White House Reluctantly Acquiesces, in: The Washington Post, 8. November 1989 (LexisNexis).
- Oberdorfer, Don, House China Vote Shows Power of Domestic Politics, in: The Washington Post, 1. Juli 1989 (LexisNexis).
- Ottaway, David B.; Smith, Jeffrey R., Bush Bars High-Level Contacts With Beijing; U.S. Support for Bank Loans Also Suspended, in: The Washington Post, 21. Juni 1989 (LexisNexis).
- Weymouth, Lally, Why Launch China’s Satellite Business?, in: The Washington Post, 14. Dezember 1989 (LexisNexis).

e) *Quellen*

- George H. W. Bush Presidential Library and Museum, Public Papers, Juni bis Dezember 1989, Washington D.C. 1989 (http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?year=1989&month=6, Aufruf vom 20. Januar 2012).
- Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration, Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush, Book I, January 20 to June 30 1989, Washington D.C. 1990a.
- Office of the Federal Register, National Archives and Records Administration, Public Papers of the Presidents of the United States. George Bush, Book II, July 1 to December 31 1989, Washington D.C. 1990b.
- The Library of Congress, THOMAS, Senate 1160, Foreign Relations Authorization Act, Fiscal Year 1990, Washington D.C., Fassung vom 12. Juni 1989 (<http://thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php?&n=BSS&c=101>, Aufruf vom 10. Juni 2011).
- The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 1487, Foreign Relations Authorization Act, Fiscal Years 1990 and 1991, Washington D.C., Fassung vom 20. März 1989 (<http://thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php?&n=BSS&c=101>, Aufruf vom 10. Juni 2011).
- The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 2712, Emergency Chinese Immigration Relief Act of 1989, Washington D.C., Fassung vom 21. Juni 1989 (<http://thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php?&n=BSS&c=101>, Aufruf vom 9. Juni 2011).
- The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 2939, Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Appropriations Act, 1990, Washington D.C., Fassung vom 19. Juni 1989 (<http://thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php?&n=BSS&c=101>, Aufruf vom 12. Juni 2011).
- The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 3743, Foreign Operations, Export Financing, and Related Programs Appropriations Act, 1990, Washington D.C., Fassung vom 20. November 1989 (<http://thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php?&n=BSS&c=101>, Aufruf vom 15. Juni 2011).
- The Library of Congress, THOMAS, House of Representatives 3792, Foreign Relations Authorization Act, Fiscal Years 1990 and 1991, Washington D.C., Fassung vom 21. November 1989 (<http://thomas.loc.gov/home/LegislativeData.php?&n=BSS&c=101>, Aufruf vom 15. Juni 2011).
- United States Senate, Constitution of the United States, Washington D.C., Fassung von 1992 (http://www.senate.gov/civics/constitution_item/constitution.htm, Aufruf vom 10. Januar 2012).